

Protokoll

zur Sitzung des Ausschusses für Verwaltungssteuerung,
Gleichstellung und Rechnungsprüfung

Sitzungs-Nr: XVII/04 SteuerA

Sitzungstermin: am Mittwoch, dem 02.05.2012, 18:00 Uhr bis 19:26 Uhr

Sitzungsort: Aula der Adolf-Grimme-Schule, Langenäcker 38

Anwesend sind:

Mitglieder CDU-Fraktion

- | | | |
|----|------------------|--------------------------|
| 1. | Ratsfrau | Becker, Ingeborg |
| 2. | Ratsherr | Schroth, Gerald |
| 3. | Ratsvorsitzender | Steuernagel, Marc-Oliver |

Mitglieder SPD-Fraktion

- | | | |
|----|----------|----------------------|
| 4. | Ratsherr | Bienert, Sigurd |
| 5. | Ratsfrau | Hunte-Grüne, Marlene |
| 6. | Ratsherr | Messing, Peter |
| 7. | Ratsherr | Wittich, Michael |

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

- | | | |
|----|----------|------------------|
| 8. | Ratsherr | Lux, Thomas |
| 9. | Ratsfrau | Westphal, Ulrike |

Mitglieder FDP-Fraktion

- | | | |
|-----|----------|-------------------|
| 10. | Ratsherr | Klockow, Bernhard |
|-----|----------|-------------------|

Mitglieder UWG-Fraktion

- | | | |
|-----|----------|--------------------|
| 11. | Ratsherr | Neugebauer, Markus |
|-----|----------|--------------------|

Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder

- | | | |
|-----|------------------------|---------------------------|
| 12. | Herr | Bischoff, Claus |
| 13. | Herr | Gaum, Wilfried |
| 14. | Frau | Hippert-Glowienka, Anette |
| 15. | Herr | Rasser, Thomas |
| 16. | Behindertenbeauftragte | Heidecke, Hannelore |

von der Verwaltung

- | | | |
|-----|----------------------------|-----------------------------|
| 17. | Leiter Zentrale Dienste | Hoffmann, Reinhard |
| 18. | Verwaltungsbeamter | John, Roland |
| 19. | Erster Stadtrat | Lahmann, Marc |
| 20. | Fachdienstleiter | Müller, Stefan |
| 21. | Fachdienstleiterin | Schwark, Anke |
| 22. | Verwaltungsangestellte | Volker, Kathrin |
| 23. | Auszubildende | Wolff-Reike, Lisa Franziska |
| 24. | Gleichstellungsbeauftragte | Zeuschner-Barchmann, Heidi |

es fehlten entschuldigt

- | | | |
|-----|------|----------------|
| 25. | Frau | Ganther, Fenja |
|-----|------|----------------|

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Änderung der Hundesteuersatzung
XVII/0091
4. Änderung der Spielgerätesteuersatzung
XVII/0092
5. Beschluss einer Hebesatzung
XVII/0093
6. Beschluss einer Richtlinie zur Aufstellung des konsolidierten Gesamtabschluss
XVII/0096
7. Gleichstellungsplan der Stadt Barsinghausen
XVII/0105
8. Abberufung von Frau Zeuschner-Barchmann als Gleichstellungsbeauftragte
XVII/0116
9. Mitteilungen der Verwaltung
10. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung

Herr Steuernagel eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung soll im öffentlichen Teil um den TOP 8 „Abberufung von Frau Zeuschner-Barchmann als Gleichstellungsbeauftragte“ ergänzt werden (Vorlage XVII/016). Die folgenden TOP werden entsprechend durchnummeriert.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Die vorstehende, gegenüber der Einladung vom 19.04.2012 geänderte Tagesordnung sowie die Behandlung der Tagesordnungspunkte in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung werden genehmigt.

2. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von den anwesenden Einwohnern gestellt.

3. Änderung der Hundesteuersatzung Vorlage: XVII/0091

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 1 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die 2. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Barsinghausen vom 10. Dezember 2002 wird beschlossen.

4. Änderung der Spielgerätesteuersatzung Vorlage: XVII/0092

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Barsinghausen über die Erhebung einer Spielgerätesteuer für das Benutzen von Spiel- und Geschicklichkeitsapparaten und – automaten (Spielgerätesteuersatzung) vom 16. Februar 2006 wird beschlossen.

5. Beschluss einer Hebesatzsatzung Vorlage: XVII/0093

Herr Schroth teilt mit, dass die CDU Fraktion die gewählten Hebesätze für zu hoch hält und der Satzung in der vorliegenden Form nicht zustimmt.

Herr Neugebauer merkt an, dass auch die UWG die Erhöhung des Gewerbe- und des Grundsteuerhebesatzes für zu hoch hält und ebenfalls gegen die Beschlussempfehlung stimmen wird.

gearbeitet wird, Telearbeit durchgeführt werden könnte. Im Einzelfall werden der tatsächliche Bedarf und die Durchführungsmöglichkeiten geprüft.

Herr Lux merkt an, das sich der Plan an dem Mustergleichstellungsplan orientiert und er die Bestandsaufnahme und Analyse für nachvollziehbar und zutreffend hält.

Es fehlen jedoch konkretere Aussagen zu den Zielen und Maßnahmen bezüglich der Positionen Abbau von Unterrepräsentanzen und Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit. Er plädiert für eine Nachbearbeitung des Plans.

Herr Schroth teilt mit, dass seitens der CDU-Fraktion eine finale Beratung noch nicht stattgefunden hat. Er schlägt vor, diesen TOP als behandelt zu erklären und merkt in weiteren Ausführungen die Wichtigkeit der Darstellung der Attraktivität von Arbeitsplätzen an.

Herr Bienert schließt sich dem Vorschlag von Herrn Schroth an, da auch die SPD-Fraktion noch nicht über die Vorlage beraten hat. Er weist nochmals daraufhin, dass konkrete Maßnahmen im Gleichstellungsplan festgeschrieben werden sollten.

Frau Zeuschner-Barchmann begründet die dargestellten allgemeinen Standardmaßnahmen im Gleichstellungsplan mit der Anonymität der Beschäftigten.

Herr Messing betont, dass Beschäftigte ohne Familie nicht schlechter gestellt sein sollten und für alle sozialverträglichere Arbeit geschaffen werden sollte.

Frau Zeuschner-Barchmann antwortet, dass eine Vielzahl an Teilzeitmodellen, je nach dem persönlichen Bedarf geregelt, vorhanden sei.

Herr Lux merkt an, das genau dies ein Beispiel wäre für die Darstellung einer konkreteren Maßnahme.

Frau Westphal weist darauf hin, dass die Unterrepräsentanz von Frauen in höheren Ämtern nicht zwingend mit der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit zusammenhängt. Eine konkrete Zielvorgabe für die Besetzung von höherwertigen Stellen im Gleichstellungsplan wäre wünschenswert; ggf. könnten persönliche Maßnahmen (z. B. Beurteilungen oder Aufbaumaßnahmen) auch im VA diskutiert und beraten werden, da dort auch Personalentscheidungen getroffen werden.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: Nein-Stimmen: Stimmenthaltungen:
Beratungsergebnis: behandelt

Der Rat der Stadt Barsinghausen stimmt dem vorliegenden Gleichstellungsplan nach dem Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz (NGG) zu.

8. Abberufung von Frau Zeuschner-Barchmann als Gleichstellungsbeauftragte Vorlage: XVII/0116

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Der Rat der Stadt Barsinghausen beruft Frau Heidi Zeuschner-Barchmann mit Wirkung vom 30. Mai 2012 gem. § 8 Abs. 2 NKomVG als Gleichstellungsbeauftragte ab.

9. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Lahmann berichtet über die Gespräche zum Abschluss des Entschuldungsvertrags.

Herr Müller berichtet, dass am 15.03.2012 ein Darlehn über rd. 540.000,00 Euro auf die Stadtparkasse Barsinghausen zu einem Zinssatz von 3,07 % (ehemals 5,28 %) umgeschuldet wurde.

Herr Müller berichtet, dass die Einkommenssteueranteile zum Zahltermin 01.05. bekanntgegeben wurden. Im Vergleich zum Vorjahresquartal ist landesweit ein Aufwuchs von 16,4 % beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer zu verzeichnen. Mit einer Steigerung von 10,5 % liegt die Stadt Barsinghausen mit ihrem Anteil deutlich unter dem Landestrend.

Die gleiche Entwicklung zeichnet sich bei der Umsatzsteuer ab. Der Landestrend liegt hier bei + 2,9 %, der Anteil der Stadt Barsinghausen verringert sich aber im Vergleich zum Vorjahresquartal um – 0,5 %.

Weiterhin teilt er mit, dass der Landesbetrieb für Statistik die vorausberechneten Zahlbeträge der Finanzausgleichsleistungen bekannt gegeben habe. Danach wird die Stadt 9.153.000,00 Euro erhalten, gegenüber dem Haushaltsansatz ein Plus von 53.000,00 Euro.

Die Zuweisung für den übertragenen Wirkungskreis wird den vorausberechneten Betrag von 835.000,00 Euro erreichen.

Mit Beschluss des HSK soll zum 01.01.2014 die Bettensteuer erhoben werden. Herr Müller berichtet, dass nach einem Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes eine Bettensteuer dort nicht rechtmäßig sei. In Niedersachsen ist die Rechtslage noch unklar, da die Klage beim OVG noch anhängig sei.

Zur nochmals ausgeschriebenen Stelle eines Kosten-Leistungsrechners teilt er mit, dass wieder keine qualifizierten Bewerbungen eingegangen seien.

10. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Herr Lux fragt, woran die Veränderung der Gemeindeanteile der Einkommenssteuer sowie der Umsatzsteuer liegen könnte.

Herr Müller erläutert dies kurz und weist darauf hin, dass die negativen Auswirkungen der Schlüsselzahlen nach seiner Kenntnis die gesamte Region betreffen.

Herr Steuernagel fragt, ob bei der Berechnung auch die tatsächlichen Gegebenheiten Barsinghausens mit einfließen oder handelt es sich lediglich um einen berechneten Abgleich?

Herr Müller teilt mit, dass als Basis u. a. die Einkommens-/Lohnsteuerzahlungen in der Stadt dienen.

Herr Lux fragt an, wenn niemand als Kosten-Leistungsrechner eingestellt werden kann, ob dann diese Leistung temporär extern eingekauft werden könnte.

Herr Lahmann teilt mit, dass hier ggf. auf eigene Auszubildende zurückgegriffen werden soll, auch wenn dies evtl. noch zwei Jahre dauern wird.

Herr Müller erläutert kurz die Vorteile beim Einsatz von eigenem Personal.

Herr Lux bemerkt, dass die Beschlussvorlage für die Änderung der Aufwandsentschädigungen für den Verwaltungsvorstand, die Ratsmitglieder sowie die Reduzierung der Fraktionsgeschäftsführungskosten noch nicht vorlagen.

Herr Lahmann teilt mit, dass diese Änderungen erst für 2013 umgesetzt werden sollen und die Satzungsänderung rechtzeitig vorgelegt wird, so dass diese 2013 in Kraft treten können.

Herr Lux fragt nach einem kurzen Sachstandsbericht bezüglich der Kalkulation der Straßenreinigungsgebühr sowie hinsichtlich der bestehenden Regressforderung.

Herr Lahmann teilt mit, dass hier ein Vergleich über knapp 15.000,00 Euro geschlossen wurde.

Für die Neukalkulation wurde Fa. Comuna beauftragt, die voraussichtlich im ersten Halbjahr die Berechnung abgeschlossen haben wird. Die Veranlagung ist zum 15.11.2012 geplant.

Frau Westphal fragt nach der Neubesetzung der Gleichstellungsstelle.

Herr Hoffmann teilt mit, dass die Vorlage in den Sitzungen (Verwaltungssteueraus-schuss, VA und Rat) im Juli 2012 zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Herr Bienert möchte wissen ob eine neue Friedhofsgebührensatzung erstellt wird und ob der gefasste Beschluss, einen Friedwald einzurichten, umgesetzt oder ignoriert wurde.

Herr Lahmann antwortet, dass für die Benutzung eines Friedwaldes ein neuer Gebührentarif kalkuliert werden müsse. Aufgrund des bisher fehlenden Kostenleistungsrechners wird diese Aufgabe derzeit weiterhin im FB III erledigt. Dort habe aber die Straßenreinigungsgebührenkalkulation Priorität, so dass die Friedhofsgebühren erst danach neu berechnet werden können.

Herr Bienert fragt, ob die Gebäudewirtschaft eine Wirtschaftlichkeitsberechnung bezüglich der für Solaranlagen zur Verfügung gestellten Dächer durchgeführt wurde.

Nach einer kurzen Diskussion antwortet Herr Lahmann, dass bisher keine Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchgeführt wurden, dies aber in der Zukunft berücksichtigt werden soll.

Nichtöffentliche Sitzung:

Die Sitzung wird um 19:26 Uhr geschlossen.

Steuernagel
Vorsitzender

Lahmann
Erster Stadtrat

Volker
Protokollführerin